

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
AG Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Erklärung der SPD-Bundestagsfraktion zum Internationalen Frauentag

*Aus Anlass des Internationalen Frauentages erklären die frauenpolitische Sprecherin, **Christel Humme** und die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, **Nicolette Kressl** sowie die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen, **Elke Ferner**:*

Die Herstellung von Chancengleichheit von Frauen und Männern ist weiter das Ziel sozialdemokratischer Politik. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion auf ihrer gestrigen Sitzung einstimmig die nachstehende Erklärung verabschiedet.

Zum Internationalen Frauentag am 8. März 2007 erklärt die SPD-Bundestagsfraktion:

Am 19. März 1911 wurde der erste internationale Tag der Frau begangen. Frauen kämpften um ihr Wahlrecht, um bessere Bezahlung, aber auch immer um friedliche Lösungen bei nationalen Konflikten.

Heute - 96 Jahre später - haben Frauen formal die gleichen Rechte, aber auch im 21. Jahrhundert ist die tatsächliche Gleichstellung noch nicht erreicht.

Chancengleichheit und Gleichstellung der Geschlechter sind

Grundprinzipien, an denen sich die SPD Fraktion immer orientiert hat. Seit 1998 ist der Paradigmenwechsel in der Frauen- und Gleichstellungspolitik offenkundig: Bundesgleichstellungsgesetz, Gleichstellungsgesetz für Soldatinnen, Rechtsanspruch auf Teilzeit, die Novellierung des Bundeserziehungsgeldgesetzes, der Einstieg in die eigenständige Alterssicherung der Frau, Neufassung des Betriebsverfassungsgesetzes, Unisexstarife in der Riesterreife, das Gewaltschutzgesetz, eigenständiges Aufenthaltsrecht für ausländische Frauen schon nach zwei Jahren, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und das Elterngeld sowie die so genannte "Vätermonate" sind wesentliche Meilensteine auf dem Weg zu gleichberechtigter und gleicher Teilhabe von Männern und Frauen an allen Lebensbereichen.

Die SPD-Fraktion hält an diesem gleichstellungspolitischen Kurs fest. Vor allem die Chancen der Frauen auf dem Arbeitsmarkt müssen verbessert werden.

Die Tatsache, dass die Frauenerwerbsquote 2005 auf 59,6 Prozent gestiegen ist, darf nicht darüber hinweg täuschen, dass das Arbeitsvolumen der Frauen gesunken ist.

Denn immer mehr Frauen arbeiten Teilzeit oder in geringfügigen Beschäftigungen. Der Niedriglohnsektor ist "weiblich". Aber auch in sog. "Normalarbeitsverhältnissen" betragen die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen bei gleicher Tätigkeit bis zu 26 Prozent.

Die geringere Entlohnung der Frauen sowie die unterbrochenen Erwerbsbiografien aufgrund von Kindererziehung schränken die Möglichkeiten der Frauen, eine eigenständige Rente aufzubauen deutlich ein.

Frauen in Führungspositionen lassen sich nach wie vor nur mit der Lupe finden. Häufiger Grund ist die mangelnde Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Die SPD-Fraktion will, dass überkommene Rollenmuster und die bisherige Trennung in typische Männer- und Frauenberufe überwunden werden. Gleiche und gleichwertige Arbeit muss gleich entlohnt werden. Dazu gehört auch eine geschlechtergerechte Umgestaltung des Steuerrechts. Mindestlöhne sind für uns ein Schutz gerade für Frauen vor Sozialdumping. Existenzsichernde Erwerbsarbeit ist eine wichtige Voraussetzung zu Armutsbekämpfung und begünstigt eine höhere Erwerbsquote von Frauen.

Wir wollen die Gleichstellung von Männern und Frauen bei Berufszugang und Aufstieg. Hierfür sind verbindliche Zielvorgaben für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an Führungspositionen in Unternehmen, Verwaltung, Wissenschaft und Forschung sowie Aufsichtsratsgremien erforderlich.

Familienfreundliche Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen sowie der Ausbau von mehr Betreuungsplätzen gerade für unter Dreijährige und ein Rechtsanspruch ab dem 1. Geburtstag sind wichtige Voraussetzungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und mehr Chancengleichheit.